

Starke Worte – schwache Taten

Bilanz der Agrarpolitik von
Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir
im ersten Amtsjahr

GREENPEACE

Starke Worte – schwache Taten

**Bilanz der Agrarpolitik von
Bundeslandwirtschaftsminister
Cem Özdemir im ersten Amtsjahr**

**Eine Analyse von Matthias Lambrecht
und Martin Hofstetter**

Veröffentlichung: November 2022

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mehr als 630.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/3 06 18 - 0 **Pressestelle** Tel. 040/3 06 18 - 340, F 040/3 06 18-340, presse@greenpeace.de, www.greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99 - 0 **V.i.S.d.P.** Matthias Lambrecht , 11/2022

Einleitung

Mit seinen Vorgänger:innen an der Spitze des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) geht Cem Özdemir [zu Beginn seiner Amtszeit hart ins Gericht](#): “Wenn man den Output als Maßstab nimmt - der ist desaströs”, lautet sein Urteil Anfang Januar 2022. In der Agrarpolitik gebe es kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem, verkündet der zweite grüne Bundesminister nach Renate Künast in diesem Ressort.

Özdemir will es anpacken - wirkungsvolle Maßnahmen gegen das Höfesterben und eine verpflichtende Haltungskennzeichnung stünden ganz oben auf seiner Agenda, kündigt er an. Auch eine “Externalisierung der Kosten” der Landwirtschaft - etwa durch Methanemissionen, die Klimaschäden verursachen oder die Grundwasserberlastung infolge von Überdüngung - werde es mit ihm als verantwortlichem Minister nicht mehr geben.

Das Wahlergebnis und die Besetzung des Bundeskabinetts schaffen eine bislang einmalige Gelegenheit, die umfassende ökologische Agrarwende mit klaren Zielen durchzusetzen. Die Grünen führen mit Steffi Lemke und Özdemir sowohl das Umwelt- als auch das Agrarressort. Es besteht damit die Möglichkeit, das jahrelange Patt der in der großen Koalition von SPD und CDU geführten Ministerien aufzulösen.

Mit Cem Özdemir betrauen die Grünen allerdings einen Politiker ohne agrarpolitische Vorkenntnisse mit dieser Aufgabe, der seine Erfahrungen mit der politischen Gemengelage und den Interessenvertretungen in der Landwirtschaft als Minister erst noch machen muss.

Fazit

Nach Özdemirs erstem Amtsjahr ist festzustellen, dass der Landwirtschaftsminister wenig Bereitschaft zur Konfrontation zeigt, sondern eher den Weg des geringsten Widerstands einschlägt und bei wichtigen Themen dem Druck des Bauernverbandes und der Agrarindustrie nachgibt. Allzu oft entsteht dabei der Eindruck, dass ergebnisorientierte Sachpolitik bei Özdemir zurückstehen muss, wenn sie droht, sein öffentliches Image als [zeitweise beliebtester Politiker](#) in den vergangenen Monaten zu gefährden.

Denn im Gegensatz zu seiner vollmundigen Charakterisierung der Grünen als “[Macherpartei](#)” auf dem Oktober-Parteitag lassen sich ausgerechnet in Özdemirs Bilanz nach einem Jahr nur wenig konkrete Ergebnisse ausmachen. Vieles kündigt der Minister an, doch nur wenige Gesetzesvorhaben oder Verordnungen bringt er auf den Weg.

Stattdessen plant er eine Neuauflage der Zukunftskommission Landwirtschaft und des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung (Borchert-Kommission), die ihre Arbeit längst abgeschlossen und bereits konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt haben. Damit droht die überfällige Transformation der Landwirtschaft weiter verschleppt zu werden.

Nur zu beschreiben und einzufordern, was passieren müsste, reicht nicht, wenn der Output Maßstab des eigenen Erfolgs sein soll. Den Worten müssen jetzt Taten folgen - auch wenn Özdemirs Zeit als Bundesminister möglicherweise begrenzt ist: Sein Interesse, sich als Nachfolger des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg zu empfehlen, sollte Ansporn für den Landwirtschaftsminister sein, die Agrarpolitik in den kommenden Monaten auf Bundesebene und in der EU ergebnisorientiert zu gestalten.

Umbau der Tierhaltung und Anreize für weniger Fleischkonsum

- ☐ Kennzeichnung nicht ausreichend, Finanzierung weiter unklar, keine Anreize für nachhaltigen Konsum

Anfang Juni legt Özdemir die [“Eckpunkte für eine verpflichtende staatliche Tierhaltungskennzeichnung”](#) vor, am 12. Oktober verabschiedet das Kabinett den Entwurf für ein [Tierhaltungskennzeichnungsgesetz](#). Damit ist dem grünen Agrarminister immerhin gelungen, was unter seinen Amtsvorgänger:innen von der Union immer wieder aufgeschoben wurde.

Eine verpflichtende und staatlich kontrollierte Kennzeichnung wäre ein erster wichtiger Schritt, um den Umbau der Tierhaltung endlich voranzutreiben. Doch in wichtigen Punkten bleibt Özdemirs Entwurf hinter den Erfordernissen zurück: So soll die Kennzeichnung nur für Frischfleisch, nicht aber für Wurst und anderes verarbeitetes Fleisch gelten. Die fünf avisierten Haltungsformen müssen nur im Lebensmittelhandel ausgewiesen werden, nicht in der Gastronomie. Und erfasst werden dabei nur die Bedingungen während der Mast - jedoch nicht die Ferkelaufzucht, der Transport und die Schlachtung.

Dass auf die bislang vier Haltungsformen bei der bislang freiwilligen Kennzeichnung der großen Ketten des Lebensmitteleinzelhandels künftig ein staatlich verpflichtendes Label mit fünf Stufen folgen soll, dürfte beim Übergang Verwirrung stiften. Hier war es dem Minister offenbar wichtiger, die unterschiedlichen Interessen auf der Erzeugerseite (ITW, DBV, BÖLW, AbL, Neuland) zu bedienen, als einen kohärenten und für die Verbraucher:innen schnell nachvollziehbaren Wechsel der Kennzeichnung zu organisieren.

Versäumt wird von Özdemir und dem BMEL bislang, Mindestkriterien für die Haltung von Rindern und Puten in der Nutztierhaltungsverordnung gesetzlich zu definieren. Im Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, dass diese Lücken geschlossen werden sollen.

Und die beiden neuen Haltungsformen mit den schlechtesten Bedingungen für die Tiere - “Stallhaltung” und “Stallhaltung plus” - könnten schon in Kürze vom Bundesverfassungsgericht kassiert werden. In den kommenden Monaten wird dort über [einen Normenkontrollantrag des Landes Berlin](#) entschieden und damit geklärt, ob die Haltung von Schweinen nach den Vorgaben der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung mit dem Tierschutzgesetz vereinbar ist.

Unklar ist weiterhin, wie eine gezielte staatliche Förderung finanziert werden soll, mit der Tierhalter unter klaren Rahmenbedingungen den Umbau ihrer Ställe finanzieren und das Angebot von Fleisch aus besserer Haltung ausweiten können. Zwar meldet sich Özdemir öffentlichkeitswirksam in der Debatte um die Anhebung der bislang vergünstigten Mehrwertsteuer für Fleisch- und Milchprodukte zu Wort. Zu Jahresbeginn wettet er gegen [“Ramschpreise”](#) für Lebensmittel und fordert im Frühsommer, als die Inflation anzieht, die [Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte](#) ganz zu streichen.

Doch es bleibt bei Lippenbekenntnissen. Tatsächlich ist von einem Steuerkonzept, das den Umbau der Tierhaltung fördert und weniger Konsum von Fleisch- und Milchprodukten belohnt, noch nichts zu sehen. [Özdemir scheitert bislang am Widerstand der FDP](#), die eine Streichung der Subvention von Fleisch und Milch durch Angleichung des Mehrwertsteuersatzes auf 19 Prozent als Steuererhöhung ablehnt. Vorerst hat sich die Ampel-Koalition lediglich auf eine Anschubfinanzierung in Höhe von 1 Mrd. Euro ab 2023, verteilt auf vier Jahre, verständigen können.

Das reicht bei weitem nicht aus, um den Förderbedarf zu finanzieren, der von der Borchert-Kommission auf bis zu [3,6 Mrd. Euro](#) jährlich veranschlagt wird - und schon gar nicht, um mit dem Umbau der Tierhaltung auch den deutlichen Abbau der Tierhaltung einzuleiten, ohne den Deutschland die [Klimaneutralität bis 2045](#) nicht erreichen kann.

Pestizideinsatz und Erhalt der Artenvielfalt

- ☒ Nationale Vorgaben für weniger Pestizideinsatz fehlen, Exportverbot nur angekündigt, Glyphosat weiter zugelassen

“Wir wollen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf das notwendige Maß beschränken”, lautet die wenig konkrete Absichtserklärung im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition. Dabei gibt die Farm2Fork-Strategie der EU-Kommission, die vom EU-Agrarrat im Oktober 2020 unter [dem Vorsitz von Özdemirs Amtsvorgängerin Julia Klöckner abgesegnet](#) wurde, klare Ziele vor. So soll der [Pestizideinsatz in der Landwirtschaft der EU bis 2030 halbiert werden](#).

Um dieses Ziel in Deutschland zu erreichen, braucht es aus dem BMEL ambitionierte nationale Vorgaben und eine zügige Umsetzung. Doch gibt es bisher weder Verbote noch Einschränkungen beim Verkauf oder Einsatz von Pestiziden, um dieses Ziel zu erreichen. Die EU schlägt im Sommer ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden in Schutzgebieten vor. Das führt zu heftigen Gegenreaktionen von Bauernverbänden und der Agrarindustrie - von Özdemir gibt es keine klare Positionierung. Der Minister und seine Staatssekretärin Silvia Bender setzen vielmehr auf Dialogprozesse. So wollen sie den “Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz” (NAP) weiterentwickeln, der in der Vergangenheit kaum dazu beitragen konnte, die Pestizidproblematik zu lösen. Nun soll eine Neuausrichtung des NAP mit Hochdruck vorangetrieben werden. Das NAP-Forum soll zukünftig nur noch ein Beratergremium sein, die Entscheidungen stärker vom BMEL getragen werden. Ob das wirklich hilft, muss sich erst noch zeigen.

Eindeutig ist die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zum Totalherbizid Glyphosat. Der weit verbreitete Einsatz des billigen Unkrautvernichters trägt maßgeblich zum Artensterben auf dem Lande bei: “Wir nehmen Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt”, lautet die unmissverständliche Vereinbarung der Ampel. Doch als im Oktober [im zuständigen Ausschuss der EU Kommission](#) die Verlängerung der Zulassung um ein Jahr zur Abstimmung steht, enthält sich Deutschland der Stimme. Und auch in der Abstimmung im Berufungsausschuss im November [enthält Deutschland sich erneut](#). Damit solle der EU-Kommission Zeit gegeben werden, um eine rechtssichere Bewertung des Unkrautvernichters vornehmen zu können, begründete das BMEL das Abstimmungsverhalten. Die Chance, in der EU ein klares Zeichen zu setzen, wurde damit verpasst. [Beim Glyphosat-Hersteller Bayer ist man nach der Entscheidung weiter zuversichtlich](#), “dass die derzeitige Glyphosat-Zulassung letztendlich verlängert wird.” Mit der Verzögerung des Ausstiegs, zu der Deutschland mit seiner Enthaltung beigetragen hat, habe man ausreichend Zeit gewonnen, die laufende wissenschaftliche Bewertung abzuschließen.

Auch ein Exportverbot von Pestiziden, die in Deutschland aufgrund ihrer Gesundheitsgefahren verboten sind, muss Özdemir erst noch liefern: Eine [Ankündigung](#) des Ministers, das im Koalitionsvertrag vereinbarte [Verbot](#) in die Tat umzusetzen, gab es im September - seitdem ist nichts weiter passiert. Zum Schutz der Artenvielfalt wird es bei der Konkretisierung des geplanten Exportverbots darauf ankommen, dass nicht nur die Ausfuhr gesundheitsgefährdender Pestizide gestoppt wird, sondern auch umweltgefährliche Pestizide nicht länger von Deutschland aus weltweit verteilt werden. Wie das gehen kann, hat gerade eine Gruppe von NGOs rechtlich [prüfen](#) lassen.

Biosprit und Hungerbekämpfung

- ☞ Keine klare Kante gegen Verkehrsminister Wissing, Rückschlag für Artenschutz auf ökologischen Vorrangflächen

“[Teller first](#)” müsse die Devise lauten, wenn es darum gehe, die Ernährung zu sichern, erklärt Özdemir, nachdem der Überfall Russlands auf die Ukraine die Getreide- und Speiseölexporte aus dieser Region gefährdet. Ob Agrarerzeugnisse weiter wie bisher in Trog oder Tank landen dürfen, müsse diskutiert werden, befindet der Ernährungsminister.

Den Vorstoß seiner Parteifreundin und Kabinettskollegin Steffi Lemke für einen Ausstieg aus dem Biosprit unterstützt Özdemir aber nur halbherzig. Die Umweltministerin will die Beimischung von Bioethanol und Biodiesel aus Nahrungs- und Futtermitteln bis zum Ende des Jahrzehnts auslaufen lassen. Ihr Vorschlag wird im Bundeskabinett jedoch von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) blockiert, der ohne Biosprit nominell die Klimaziele im Verkehrssektor noch deutlicher verfehlen würde. Dabei gibt es den Klimavorteil von offiziell gut neun Mio. Tonnen CO₂ im Jahr durch Biosprit nur auf dem Papier. Denn es wird nicht mitgerechnet, dass wir in Deutschland und jenseits der Grenzen [eine intensiv bewirtschaftete Fläche von der Größe Sachsens](#) für unseren Biosprit-Verbrauch benötigen.

Mit natürlicher Vegetation auf dieser Fläche könnten jährlich mehr als [16 Millionen Tonnen CO₂](#) gebunden werden. Und um die Klimaziele im Verkehr zu erreichen, gibt es viel bessere Ideen - allein ein Tempolimit von Tempo 100 auf Autobahnen und Tempo 80 auf Landstraßen könnte [7,5 Millionen Tonnen CO₂](#) einsparen.

Im kommenden Jahr dürfte die Anbaufläche für Biosprit nach Schätzungen aus dem Bundesumweltministerium von 1,9 Mio. Hektar auf 2,5 Mio. Hektar weiter ansteigen. Denn von 2023 an ist Biodiesel aus Palmöl in Deutschland nicht mehr zugelassen und dürfte vor allem durch Rapsöl ersetzt werden. Dafür sind größere Anbauflächen nötig.

Doch statt sich entschieden dafür einzusetzen, diese Flächen zur Sicherung der Versorgung mit Nahrungsmitteln zu nutzen, gibt Özdemir dem Drängen des Bauernverbands und der Agrarlobby nach und kündigt im August an, die im Rahmen der jüngsten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU eigentlich geplanten [zusätzlichen Artenschutzflächen nicht 2023, sondern erst 2024 einzuführen](#). Dabei bringt dieser Rückschlag im Kampf gegen das Artensterben für die Ernährungssicherung nur wenig. Für den Anbau stehen damit lediglich [250.000 Hektar zusätzlich](#) zur Verfügung - ein Bruchteil der Fläche, der mit einem Ausstieg aus dem Biosprit frei würde.

Klimaschutz / Moore

- ☒ Klimaschutz hat keine Priorität, Sofortprogramm bleibt unkonkret, Moorschutzstrategie ohne Perspektiven, Stoffstrombilanzverordnung weiter aufgeschoben

Dem Klimaschutz in der Landwirtschaft scheint Cem Özdemir keine allzu große Priorität beizumessen. Dabei machen die vergangenen Dürre- und Hitzejahre deutlich, welche dramatischen Folgen die Veränderung des Klimas für die Land- und Forstwirtschaft sowie die Versorgung mit Lebensmitteln hat. Es sollte deshalb eine vorrangige Aufgabe des verantwortlichen Ministers ein, die Transformation der Landwirtschaft entschlossen voranzutreiben und die Landwirt:innen vorausschauend und in aller Klarheit auf die gewaltigen Anstrengungen vorzubereiten, die auf ihre Betriebe zukommen werden - sowohl bei der Klimaanpassung als auch beim Absenken der Klimagasemissionen aus der Landwirtschaft.

Das Landwirtschaftskapitel im [Klimaschutzs Sofortprogramm](#) 2022 der Bundesregierung lässt allerdings befürchten, dass der Ernst der Lage im BMEL auch unter Özdemirs Führung noch immer nicht erkannt wird. So finden sich im Sofortprogramm weder konkrete Vorschläge für den Klimaschutz im Agrarsektor, noch werden die großen Emissionsquellen sowie geeignete Maßnahmen benannt, um den Ausstoß von Klimagasen zu senken.

Dabei ist völlig klar, dass Deutschland nur mit einer deutlich niedrigeren Zahl von Tieren in der Landwirtschaft und einer Ernährungswende hin zu weniger Fleisch- und Milchkonsum bis 2045 klimaneutral werden kann. Während die Verbraucher:innen bereits immer weniger Fleisch essen, ist hierzu von Özdemir nichts Konkretes zu hören. Statt Anreize für den Konsum pflanzlicher Lebensmittel zu schaffen, wirbt er in einer [Diskussionsveranstaltung des Branchendienstes "Top Agrar"](#) für Fleisch aus Deutschland: "Ich will, dass es gutes deutsches Fleisch gibt." Die [Angst des Vegetariers](#) vor einem erneuten "Veggie Day", der seinen [führenden Platz im Popularitäts-Ranking der deutschen Politiker:innen](#) gefährden könnte, scheint größer als der Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Und für Maßnahmen zu werben, die manchen landwirtschaftlichen Betrieb vor große Herausforderungen stellt. Diese Verschleierungstaktik führt Landwirt:innen in die Irre und wiegt sie in trügerischer Sicherheit.

Auch bei der Entwicklung und Umsetzung einer Moorschutzstrategie leistet Özdemirs Ministerium bislang keinen nennenswerten Beitrag. Es überlässt dieses wichtige Thema der zuständigen Umweltministerin und trägt wenig dazu bei, gemeinsame anspruchsvolle Konzepte zu entwickeln. Dabei geht es um viel - und die Zeit drängt: Die landwirtschaftliche Nutzung trockengelegter Moore in Deutschland ist für [sieben Prozent der nationalen CO₂-Emissionen verantwortlich](#). Nur mit wiedervernässten Mooren kann es gelingen, die [Vorgaben des Klimaschutzgesetzes zu erfüllen und bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen](#). Einen Plan vorzulegen, wie Kohlenstoffemissionen durch die Wiedervernässung trockengelegter Moore gesenkt und zugleich landwirtschaftlichen Betrieben in diesen Regionen neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnet werden können, sollte im BMEL höchste Priorität genießen.

Das dürrebedingte Waldsterben verschärft sich im Hitzesommer 2022 weiter. Unter Federführung des BMEL wird auf dem Waldgipfel ein [800 Millionen Euro schweres Hilfspaket](#) für die deutsche Forstwirtschaft geschnürt: Diese Summe stellen Bund und Länder von 2020 bis 2023 für Waldbesitzende zur Verfügung, um Waldschäden zu beseitigen und die Wälder an den Klimawandel anzupassen. Dass mit fortschreitendem Baumsterben weniger Wald als CO₂-Senken zur Verfügung steht und die Emissionen aus den entwässerten Moorböden entsprechend schneller sinken müssten, scheint im Ministerium noch nicht angekommen zu sein.

Wenn die aktuell hohen Mineraldüngerpreise zu sparsamem Düngereinsatz und damit zum Rückgang der klimaschädlichen Lachgasemissionen führen, ist das noch kein nachhaltiger Beitrag zum Klimaschutz in der Landwirtschaft, den Özdemir als Erfolg verbuchen könnte. Denn was passiert, wenn die Preise auf mittlere Sicht wieder sinken? Bis heute liegt kein Entwurf für eine novellierte ambitionierte [Stoffstrombilanzverordnung](#) vor - obwohl dies für 2022 geplant war. In Fachkreisen wird nun mit einer Überarbeitung erst in 2023 gerechnet. Dabei bräuchte es dieses Instrument, um [Stickstoffverluste beim Düngen ins Grundwasser sowie klimaschädliche Lachgasemissionen](#) erheblich zu verringern. So bleibt auch nach einem Jahr unter grüner Führung des BMEL nur die Hoffnung, dass die Emissionen durch die Ausweitung der sogenannten roten Gebiete sinken, in denen die Stickstoffdüngung etwas eingeschränkt wird.